

Antrag

Initiator*innen: Nadine Mai (KV Pinneberg)

Titel: Bezahlbares Wohnen ist ein Menschenrecht

Antragstext

1 Jeder Mensch braucht ein sicheres Dach über dem Kopf. Doch die Realität sieht
2 anders aus:

3 Immer mehr Menschen leiden unter hohen Mieten und müssen einen stark wachsenden
4 Anteil ihres Einkommens fürs Wohnen aufwenden. Durch stark gestiegene Kosten im
5 Bausektor ist der Ersterwerb und Neubau gerade für junge Familien nicht mehr
6 leistbar.

7 Unser Ziel ist es bezahlbaren Wohnraum für alle Menschen zu schaffen. Menschen
8 sollten nicht mehr als 25-30% ihres Einkommens für Wohnraum ausgeben müssen.

9 Mit unseren konkreten Forderungen wollen wir dafür sorgen, dass Wohnen wieder
10 bezahlbar wird. Junge Familien sollen die Möglichkeit haben, sich mit einem
11 Eigenheim abzusichern – und das ohne zusätzliche Flächenversiegelung. Außerdem
12 wollen wir deutlich mehr Wohnungen in landeseigenen, kommunalen oder
13 gemeinnützigen Besitz bringen.

14 Wir unterstützen ausdrücklich die „**Neue Wohngemeinnützigkeit**“, die wir GRÜNE
15 seit langem fordern und die auch von der Ampel-Koalition in der letzten
16 Legislaturperiode vorangebracht wurde. Ziel ist es, durch steuerliche Anreize
17 und Investitionszulagen gemeinnützige Wohnungsunternehmen in die Lage zu
18 versetzen, dauerhaft bezahlbaren Wohnraum anzubieten. Damit soll der soziale
19 Zusammenhalt gestärkt und mehr günstiger Wohnraum geschaffen werden.

20 Wir fordern unsere Grünen Fraktionen in Landtag, im Bundestag und im EU
21 Parlament auf, sich auch weiterhin entschlossen für Reformen und deutliche
22 Verbesserungen im kommunalen Wohnungsbau einzusetzen – und die folgenden

23 Maßnahmen voranzubringen:

24 **1. Gründung einer Landesentwicklungsgesellschaft für Wohnraum**

25 Wir fordern den Aufbau einer Landesentwicklungsgesellschaft, die im wesentlichen
26 2 Hauptaufgaben hat: 1. Die Beratung und Unterstützung der Kreise und Kommunen
27 bei der Gründung von kommunalen Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften.
28 2. Die Schaffung von landeseigenem Wohnraum mit einem Schwerpunkt auf besondere
29 Bedarfsgruppen, u.a. Student*innen und Auszubildende, sowie Menschen, die es auf
30 dem Wohnungsmarkt besonders schwer haben, wie z.B. Menschen mit Behinderung,
31 Frauen aus Frauenhäusern, wohnungslosen Menschen oder anderen vulnerablen
32 Gruppen.

33 **2. Stärkung der Kommunen und Landkreise als Träger von**
34 **Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften**

35 Im kommunalen und landeseigenen Wohnungsbau können Dividenden gemeinnützig re-
36 investiert werden, etwa in die Absicherung von Wohnungsnot im Alter, in neuen
37 Wohnraum usw.. Neben der Gründung einer Landesentwicklungsgesellschaft zur
38 Unterstützung des kommunalen Wohnungsbaus, bitten wir die Bundestagsfraktion
39 daher, sich für praktische Verbesserungen, etwa längere Fristen im Baugesetzbuch
40 beim Vorkaufsrecht einzusetzen, damit dieses tatsächlich in Anspruch genommen
41 werden kann. Denn bis kommunale Entscheidungsprozesse initiiert, beraten und
42 abgeschlossen werden können, braucht es Zeit. Zudem muss eine schnelle und
43 unkomplizierte Bereitstellung von Investitionsmitteln gewährleistet sein, damit
44 Kreise und Kommunen Vorkaufsrechte überhaupt ausüben können. Die
45 Landtagsfraktion wird gebeten zu überprüfen, ob Kommunen bei der Gründung von
46 kommunalen Wohnungsbaugesellschaften, Genossenschaften oder der Wahrnehmung von
47 Vorkaufsrechten zu diesem Zweck z.B. einen Fond der IB-SH Mittel zur Verfügung
48 gestellt bekommen können.

49 **3. Weiterer konsequenter Aufbau eines wachsenden Bestands an Sozialwohnungen**

50 Wir wollen den Bestand an Sozialwohnungen dauerhaft und bedarfsdeckend ausbauen.
51 Schleswig-Holstein ist in den letzten Jahren trotz schwieriger Haushaltslage bei
52 der sozialen Wohnraumförderung konsequent vorangegangen. Wir fordern den Bund
53 auf, endlich die Dramatik der Lage auf dem Wohnungsmarkt anzuerkennen und
54 deutlich mehr Fördermittel als bisher für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung
55 zu stellen und die Länder, in den Wohnungen knapp sind, stärker zu unterstützen.

56 Hierfür muss die Schuldenbremse gelockert werden!

57 Bei der Vergabe der Fördermittel sollen die Antragstellenden bevorzugt werden,
58 bei denen die Sozialbindung der Wohnungen mindestens 35 Jahre bestehen bleibt.
59 Durch die gezielte Förderung von gemeinnützigen Wohngenossenschaften soll ein
60 Bestand an dauerhaft günstigem Wohnraum aufgebaut werden. Zudem fordern wir die
61 Landesregierung auf, für öffentliche Grundstücke Erbbaurechte und die Einführung
62 eines Mietkauf-Programms zu prüfen.

63 **4. Wohnen als Altersvorsorge neu in den Blick nehmen**

64 Um die Altersvorsorge zu stärken, bitten wir die Bundestagsfraktion zu prüfen,
65 wie der kommunale Wohnungsbau als Instrument der Rentenpolitik und
66 Pensionsvorsorge eingebunden werden kann, z. Bsp. indem Menschen über einen
67 staatlichen Renten- und Pensionsfonds, Anteile an Genossenschaften und
68 Wohnungsbaugesellschaften erwerben.

69 **5. Stärkung der Vorsorge und des Eigenerwerbs durch Schaffung einer** 70 **Eigenheimzulage**

71 Für den Kauf der ersten eigengenutzten und grunderwerbsteuerpflichtigen
72 Immobilie sollen Menschen in Schleswig-Holstein mit geringen und mittleren
73 Einkommen eine Zulage zur Grunderwerbsteuer erhalten können, die eine maximale
74 Höhe von 5000 Euro pro im Haushalt lebenden Familienmitglied beträgt. Um
75 Flächenverbrauch zu vermeiden, soll in einem ersten Schritt vor allem der Kauf
76 von älteren Bestandsimmobilien so gefördert werden.

77 **6. Förderprogramme stärken, die sowohl Flächenversiegelung verringern und CO2** 78 **Ausstoß reduzieren**

79 Um den Kauf von Bestandsimmobilien mit Sanierungsbedarf attraktiver zu machen,
80 fordern wir den Bund auf, Programme wie "Jung kauft Alt" deutlich stärker
81 auszubauen und für mehr Menschen attraktiv zu machen. Bei dem Programm erhalten
82 junge Familien Fördermittel für den Kauf alter Häuser unter der Bedingung, diese
83 zu sanieren. Die Höhe der vergünstigten Kredite muss den realen
84 Immobilienpreisen auch in teuren Lagen wie dem Hamburger Rand und den
85 Großstädten gerecht werden. Zudem bitten wir die Bundestagsfraktion, das KfW
86 Energieeffizienz-programm zur energetischen Sanierung noch einmal in den Blick
87 zu nehmen deutlich attraktiver und bürokratieärmer zu gestalten.

Begründung

Wenn Menschen sich Wohnen nicht mehr leisten können, hat das Auswirkungen auf unsere Demokratie. Wenn ein mittleres Einkommen nicht mehr ausreicht, um eine Wohnung zu bezahlen, wenn junge Menschen keine Möglichkeit für den Schritt in die Unabhängigkeit sehen, wenn die energetische Sanierung im Eigenheim zur Schuldenfalle wird, steigt die Unzufriedenheit und die soziale Spaltung nimmt zu. Der Staat muss zunehmend subventionierend mit Transferleistungen wie z.B. Wohngeld eingreifen. Von hohen Wohnkosten profitieren vor allem Wohlhabende: Das treibt die Spaltung der Gesellschaft weiter voran. Um diese Situation zu verändern, müssen Wohnungen wieder in die Hand von gemeinnützigen Genossenschaften und Kommunen, die dem Gemeinwohl verpflichtet sind und Preisstabilität unbegrenzt sichern. Die Erträge aus dem kommunalen Wohnungsbau könnten möglicherweise auch in eine künftige Rentensicherung eingebunden werden.

Mit den genannten Maßnahmen wollen wir auch junge Familien stärken und ihnen den Kauf von Bestandsimmobilien ermöglichen, deren Sanierung ihre jetzigen Besitzer vielleicht überfordern würde. Mit verbesserten Förderprogrammen wollen wir die Sanierung von Altbauten fördern, um Flächenversiegelung und Zersiedelung vorzubeugen und den CO2 Ausstoß zu reduzieren.

Unterstützer*innen

Stephan Wisotzki (KV Lübeck), Mathias Schmitz (KV Pinneberg), Mayra Vriesema (KV Nordfriesland), Lukas Unger (KV Pinneberg), Bina Braun (KV Herzogtum Lauenburg), Carina Hennecke (KV Rendsburg-Eckernförde), Catharina Johanna Nies (KV Flensburg), Malte Ranis (KV Kiel), Gerd Weichelt (KV Dithmarschen), Georg Wilkens (KV Rendsburg-Eckernförde), Lorenz Mayer (KV Segeberg), Susanne Lohmann (KV Stormarn), Oliver Brandt (KV Herzogtum Lauenburg), Philipp Schmagold (KV Plön), Frederic Meyer (KV Kiel), Hildegard Bedarff (KV Pinneberg), Karsten Bahnsen (KV Flensburg), Ocean Renner (KV Nordfriesland), Julia Marie Dinse (KV Pinneberg), Katrin Stange (KV Pinneberg), Susanne Hilbrecht (KV Dithmarschen), Mechthild Rosker (KV Herzogtum Lauenburg), Maike Grügelsiepe (KV Pinneberg), Martin Drees (KV Plön), Denise Kreissl (KV Segeberg), Astrid Griess (KV Pinneberg), Anke Thomsen (KV Pinneberg), Susanne Petersen (KV Kiel), Sascha Golditz (KV Pinneberg), Sebastian Rautert (KV Pinneberg), Vincent Schlotfeldt (KV Plön), Lukas Strathmann (KV Rendsburg-Eckernförde), Stefan Alexander Mauel (KV Stormarn), Uta Röpcke (KV Herzogtum Lauenburg), Jessica Leutert (KV Kiel), Renate Frie (KV Pinneberg), Sami Islam (KV Pinneberg), Yann Aretin Eggert (KV Pinneberg), Melissa Sieber (KV Schleswig-Flensburg), Tobias Lentz (KV Flensburg), Kerstin Hanert-Möller (KV Dithmarschen), Merlin Michaelis (KV Kiel), Angela Tsagkalidis (KV Stormarn), Christoph Fischer (KV Segeberg), Ben Lüdke (KV Steinburg), Birgit Asmus-Mrozek (KV Steinburg), Scarlett Schmit (KV Steinburg), Kai Hergert (KV Herzogtum Lauenburg), Oliver Lorentzen (KV Pinneberg), Max Hansen (KV Herzogtum

Lauenburg), Wiebke Garling-Witt (KV Stormarn), Sarah Mück (KV Lübeck), Sina Clorius (KV Schleswig-Flensburg), Conny Clausen (KV Flensburg), Ansgar Makurat (KV Schleswig-Flensburg), Kirsten Schaltenberg (KV Schleswig-Flensburg), Leonie Fischer (KV Pinneberg), Peer Lessing (KV Pinneberg)